

Erstausgabe täglich nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen...
Monatlicher Bezugspreis: Für Abholer 4,50 Lit, mit Zustellung 5,-- Lit.



Anzeigen kosten für den Raum der mm-Spaltseite im Memelgebiet und in Litauen 20 Cent, in Deutschland 10 Pfennig; in Österreich 10 Pfennig...

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebietes und des übrigen Litauens

Nummer 149

Memel, Dienstag, den 30. Juni 1931

83. Jahrgang

Moskau, Selsingfors, Riga, Warschau

Spannende Sowjetbeziehungen zu allen Nachbarstaaten

—yer. Die gesamte Sowjetpresse, auch die führende wirtschaftliche, hört nicht auf, Finnland, Estland, Lettland und Polen, ja sogar die ganze Staatenzone von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer einer immer schärfer werdenden Aggression gegenüber Moskau zu bezichtigen.

Weniger dramatisch als eigehartig und aufschlußreich ist eine Rigauer Korrespondenz an die „Leningrader Prawda“, in der auf die Mitte Juni in Libau stattgehabte Flottenparade und die ausländischen Besuche anlässlich des zehnjährigen Bestehens der lettischen Kriegsmarine Bezug genommen wird.

Aber abgesehen von den Seitenhieben der Sowjetpresse faßt sie das ganze Libauer Fest hauptsächlich als eine internationale sowjetländische Kundgebung auf.

Doppelte Young-Jahreszahlung für 1932/33? Eine unmögliche Forderung Frankreichs, wie sie das „Journal“ meldet

* Paris, 29. Juni

Nach „Matin“ zweifelt man in politischen Kreisen nicht mehr daran, daß heute oder morgen die französischen Minister und die amerikanischen Vertreter sich über die Inkraftsetzung des Hoover'schen Vorschlages einigen werden.

Während „Matin“ sich über die Besprechungen am Sonnabend abend zwischen Ministerpräsident Laval und dem deutschen Botschafter v. Hoersch nicht ausspricht, gibt „Journal“ einige zusammenfassende Ausführungen über die französischen Forderungen, die etwa dahin lauten: Fortsetzung der Zahlungen soweit noch Verträge laufen, Zinsenvereinbarungen für die ungeschützten Annuitäten, Verteilung der Annuitäten nicht nur zugunsten Deutschlands, sondern an alle durch das Feiertjahr geschädigten mitteleuropäischen Staaten.

Deutsche Taktik der Zurückhaltung

Die offizielle Einladung seitens der französischen Regierung liegt in Berlin vor

* Berlin, 29. Juni

Die von einem Teil der hiesigen Presse für Sonntag abend erwartete Kabinetsitzung hat nicht stattgefunden. In Berliner politischen Kreisen wird weiter der Standpunkt vertreten,

daß es sich bei dem Hoover-Plan immer noch um eine rein amerikanische Aktion handelt, in die die Reichsregierung nicht eingreifen könne.

In Kreisen der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, die bisher erfolgte Taktik der Zurückhaltung aufzugeben, ehe zwischen den beiden hauptbeteiligten Mächten, Amerika und Frankreich, Klarheit geschaffen ist.

Dieser Grundsatz gilt auch für den Besuch der deutschen Minister in Frankreich.

Die offizielle Einladung der französischen Regierung liegt zwar vor, ein Termin für die Zusammenkunft ist aber auch bis jetzt noch nicht vereinbart worden.

Von unterrichteter Seite wird bekannt, daß es darauf ankommt, in vertraulicher Aussprache die Basis für eine Wiederannäherung der beiden Völker zu schaffen.

Polen und Schweden, nicht zu sprechen von Lettland selbst und Estland, auch Deutschland. Die Erwähnung Deutschlands in einem Atem mit den früheren Siegermächten und den neuen Anrainern der Ostsee muß über-

Wie „L'Ordre“ zu wissen glaubt, hat Botschafter v. Hoersch bereits mitgeteilt, daß die deutsche Regierung sich nicht dazu bereit finden würde, die wirtschaftlichen oder finanziellen Fragen mit der allgemeinen Politik Deutschlands in Verbindung zu bringen.

Pariser Besprechungen auf Montag vertagt

* Paris, 28. Juni.

Die angekündigten französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hoover-Plan haben Sonnabend nachmittags um 3,15 Uhr im französischen Innenministerium begonnen. Von französischer Seite nahmen an den Verhandlungen Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Finanzminister Lalande, Gesundheitsminister Pignati und Staatssekretär Poncelet, von amerikanischer Seite Staatssekretär Mellon und der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, teil.

Nach Beendigung der Besprechung am Sonnabend gab das Innenministerium einen Bericht heraus, in dem kurz erklärt wurde, daß der Hoover'sche Vorschlag und die französische Antwortnote einer eingehenden Prüfung unterzogen worden seien. Der Ton, in dem die Verhandlungen geführt worden sind, soll, wie verlautet, ein recht herzlicher gewesen sein.

Attempause in Washington

* Washington, 29. Juni. Nachdem Hoover Sonnabend bis zum späten Nachmittag mit Castle und Mills konferiert hatte, herrscht hier heute eine Attempause. Eine weitere Entwicklung wird nach offiziöser Mitteilung nicht vor Montag erwartet.

Norwegens Flagge über Ostgrönland

* Oslo, 29. Juni

Das Blatt „Tidens Tegn“ läßt sich von einer norwegischen Jagdexpedition, die augenblicklich in Ostgrönland weilt, mitteilen, daß in den Gebieten des Landes, die von der Expedition bereist werde, die norwegische Flagge gehißt ist.

Das Blatt erinnert daran, daß Norwegen niemals die Souveränität Dänemarks auf Ostgrönland anerkannt, vielmehr stets den Standpunkt vertreten habe, hier sei Niemand's Land. Die Streitfrage dürfte, so meint die Zeitung, wohl noch das Internationale Schiedsgericht beschäftigen.

Kopenhagen will den Standpunkt der norwegischen Regierung abwarten

* Kopenhagen, 29. Juni. Staatsminister Stauning erklärte zu der gemeldeten Hisung der norwegischen Flagge auf Grönland, daß man erst den Standpunkt der norwegischen Regierung in dieser Angelegenheit abwarten müsse, der dann dem internationalen Gerichtshof im Haag unterbreitet werden würde.

raschen, besonders in dem Augenblick, als die Erneuerung des Berliner Vertrages zustande kam. Möglicherweise ist dies nur eine Entgleisung oder Unvorsichtigkeit, die nicht ernst zu nehmen ist. Wegen die Erwähnung der Tatsache, daß England,

Frankreich und Deutschland mit ihre besten Kriegsschiffe nach Libau entsandt haben, während Lettland mit seinem gesamten Flottenbestande aufwartete, kann kein Einwand erhoben werden. Aber gerade Lettland wird bei dieser Gelegenheit verhöhnt, sei doch seiner „kleinen Flottille“ keine militärische Bedeutung beizumessen, höchstens in dem Falle, daß sie im Verbände mit ausländischen Großschiffen dermaleinst operieren sollte.

Zum Schluß noch ein Polenartikel in derselben Leningrader Zeitung Nummer von „Nemo“. Das damit ausgedrückte Geheimnis des Verfassers namens wollen wir nicht zu Lüften suchen. Genuß, er kommt wieder einmal auf die „Pazifizierung“ in Ostpolen, speziell in seinen wehrtechnischen Teilen zu sprechen. Nemo (Niemand) meint, daß Warschau, indem es mit der Verschärfung etlicher wehrtechnischer Volksführer aus Ostpolen nach Warschau, Lódz, Krakau, Posen den Anfang gemacht habe, demnächst Zehntausende nichtpolnischer Bauern gleichfalls nach Kern-Polen abzuschieben beabsichtige. Ob die sensationelle Nachricht auf Tatsachen beruht, hat sich noch zu erweisen. Für den Sowjetversasser aber unterliegt es keinem Zweifel, daß Polen auch in der erwähnten Hinsicht getrenkt nach dem Muster der Zarenregierung vorgehen wolle.

Neuerndes Militär in Peru

* Lima, 29. Juni. Nach einer Mitteilung der Regierung von Peru hat die Garnison von Cuzco gestern abend gemeutert. Wie es heißt, um dagegen zu protestieren, daß die Juntaregierung dem Oberst Sanchez Cerro die Rückkehr nach Peru gestattet hat. Der Oberst war unmittelbar nach dem Sturz des Präsidenten Leguia provisorischer Präsident gewesen. Einzelheiten über den Aufruhr sind nicht bekannt, doch glaubt man, daß die Aufständischen unter Führung eines der ältesten Offiziere, das Hauptquartier der Division besetzt und den Divisionsbefehlshaber gefangen genommen hat. Das Kabinett hat Befehl zur Mobilisierung der Garzon Arcentpa gegeben, die den Aufruhr unterdrücken soll.

Einführung des Schulzwanges in Litauen

Ko. Kaunas, 20. Juni. Das Kultusministerium hat dieser Tage eine Verordnung erlassen, wonach jetzt in ganz Litauen der Zwangsunterricht eingeführt wird. Vor dem Kriege konnte man bekanntlich in Litauen noch keine Pflichtschule. Infolgedessen waren damals annähernd 70 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Erst im Jahre 1928, also bereits mehrere Jahre nach Gründung des heutigen litauischen Staates, wurde in einzelnen litauischen Kreisen der Schulzwang eingeführt. Von diesem Zeitpunkt ab wurde das Schulwesen systematisch ausgebaut, Jahr für Jahr wurden neue Bezirke der Pflichtschule erschlossen, bis jetzt endlich mit der obigen Verordnung diese Entwicklung beendet ist.

Der Vatikan über den Inhalt seiner Note an Litauen

Rom, 28. Juni. Gegenüber Meldungen, daß der Vatikan eine heftige Protestnote wegen der Ausweisung des Apostolischen Nuntius Bartoloni an die litauische Regierung gerichtet habe, die auf das entschiedenste dementiere, daß der Nuntius den diplomatischen Gepflogenheiten zuwidergehandelt hätte, und daß in dieser Note die sofortige Zurückziehung des Ausweisungsbefehls gefordert werde, bemerkt der „Osservatore Romano“, der Heilige Stuhl habe wohl an die litauische Regierung eine Protestnote gerichtet, diese sei aber keineswegs heftig gewesen, sondern angemessen und würdevoll, wie es im Stile des Heiligen Stuhles liege.

Ferner sei in der Note in keiner Weise die Zurückziehung des Ausweisungsbefehls gegen den Nuntius gefordert worden.

Vielmehr habe der Heilige Stuhl nach den internationalen Gepflogenheiten auf die Mitteilung der litauischen Regierung, daß der Nuntius nicht mehr persona grata sei, genaue Angaben der Beschwerden gegen den Nuntius verlangt.

Ratifizierung des litauisch-russischen Nichtangriffspaktes

Moskau, 28. Juni. Das Zentralfremdenamt der Sowjetunion hat das sowjet-litauische Protokoll vom 6. Mai über eine Verlängerung des im Jahre 1926 zwischen der Sowjetunion und Litauen geschlossenen Nichtangriffspaktes ratifiziert. Litauen hat die Ratifikation des Protokolls bereits am 18. Juni vorgenommen.

Keine Verfassungsänderung Indiens ohne finanzielle Stabilität

London, 28. Juni. Premierminister Macdonald gab im Unterhaus eine wichtige Erklärung über die Finanzlage Indiens ab, in der er auf die Möglichkeit einer notwendigen finanziellen Unterstützung durch die englische Regierung hinwies. Es werde nicht möglich sein, sagte er, die geplanten Ver-

Post und Gatty in Chabarowsk

London, 28. Juni. Die amerikanischen Welt- und Postflieger Post und Gatty sind gestern wohlbehalten in Chabarowsk eingetroffen. Man glaubt, daß sie bereits Montag früh direkt nach Rom weiter starten.

fassungsänderungen in Indien durchzuführen, falls die finanzielle Stabilität nicht gesichert sei. Die englische Regierung sei entschlossen, eine Lage zu verhindern, welche die finanzielle Stabilität und eine gute Regierung in Indien gefährden können. In parlamentarischen Kreisen weiß man darauf hin, daß die Erklärung des Premierministers nicht der unmittelbaren Lage gilt, sondern den Hauptzweck hat, mißverständliche Ansichten über die Lage Indiens zu zerstreuen und zu betonen, daß England Indien in der mit der Verfassungsänderung unverbundenen Periode der Unsicherheit unterstützen werde.

Kabinettswechsel in Sofia

Sofia, 28. Juni. Ministerpräsident Djaptschew ist mit seinem gesamten Kabinetts zurückgetreten. Der König empfing darauf den Führer des Oppositionsblocks und früheren Ministerpräsidenten Malinow, um ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen.

Zwischen Bolschewismus und westeuropäischem Kapitalismus

„Zwei Dinge sind erforderlich . . .“, sagt Reichsfinanzminister Dietrich

* Eisenach, 20. Juni.

Der Reichsverband des deutschen Schlosser- und Maschinenbauhandwerks trat Sonnabend in Eisenach zu seinem 44. Reichsverbandstag zusammen, zu dem sich Teilnehmer aus dem ganzen Reich und dem Ausland eingefunden hatten.

In der öffentlichen Rundgebung Sonntag vormittag nahm u. a. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte: „Deutschland steht zwischen dem Bolschewismus und dem westeuropäischen Kapitalismus. Die ungeheure Verunsicherung nach dem Kriege und die unerhörte Ausdehnung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft sind die beiden Faktoren, die uns in die Richtung eines sozialistischen oder bolschewistischen Systems treiben. Der Weg zurück zu einer absolut freien und ungebundenen Wirtschaft ist restlos nicht mehr möglich. Zwei Dinge sind erforderlich: Erstens muß die öffentliche Hand alles aufgeben und zweitens muß die Kapitalbildung im Mittelstande durch steuerliche Maßnahmen wieder möglich gemacht werden. Schon die erste Notverordnung bewegte sich in dieser Richtung, die Vermögen bis zu 20 000 Reichsmark vermögenssteuerfrei machte. Auch die zweite Notverordnung liegt in dieser Linie. Man konnte zwar bei der Belastung durch diese Notverordnung den selbständigen Unternehmer nicht freilassen, aber man schonte ihn in schärfster Weise. Dagegen ist nun ein großer Sturm entstanden. Aber ich gebe den Beamten, Angestellten und Arbeitern zu bedenken, ob sie nicht selbst ein ungeheures Interesse in dieser Zeit der Not an der Unterhaltung jedes auch des kleinsten Unternehmers und Unternehmens haben.“

Die letzte Notverordnung war eine Notwendigkeit, weil sie das letzte Mittel war, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten. Sie hat gewirkt wie ein Notsignal, und die heutige Entwicklung der Dinge ist nicht zum wenigsten durch sie hervorgerufen. Gibt es wirklich so Dumme in Deutschland, die glauben, daß man unsere Schulden nachläßt, wenn wir nicht selbst unserer eigenen Bevölkerung das Aushalten an Leiden und Opfern zumuten?“

„Eine Tat von wahrhaft weltgeschichtlicher Tragweite“

Die „Frankf. Jg.“ bringt eine Äußerung des Leiters des Deutschen Institutes für Konjunkturforschung, Prof. Dr. Wagemann-Kiel, über die Bedeutung des einjährigen Zahlungsaufschubs. Professor Wagemann schreibt wie folgt:

Hoovers große Aktion bedeutet eine Tat von wahrhaft weltgeschichtlicher Tragweite. Niemals ist die Schicksalsgemeinschaft aller Völker und Wirtschaften mit solcher Deutlichkeit zu Tage getreten wie in der gegenwärtigen Krise, die alle Wirtschaftsbereiche der Erde ohne Ausnahme erfasst hat, und niemals zuvor ist es wie diesmal deutlich geworden, daß die wirksamsten Maßregeln der Wirtschaftspolitik zum Grunde werden können, wenn sie nicht international ausgerichtet sind. Zum ersten Male in der Geschichte ist diese Erkenntnis, die seit 150 Jahren Gemeingut der Wirtschaftswissenschaften ist, Inhalt politischen Willens geworden.

Für Deutschland selbst bedeutet der Hoover-Plan Rettung aus einer Wirtschaftsnote, deren verhängnisvolle sozialen und politischen Folgen keine Phantasie sich auszumalen vermag. Die Gefahr schien auch dem ganz nüchternen Beobachter um so furchtbarer, als die öffentliche Wirtschaft mehr als früher zu einem zentralen Organ der Gesamtwirtschaft geworden ist. Betrachtet man die Konjunkturprognose, wie sie sich auch bei stärkster Berücksichtigung aller günstigen Momente jedem Kenner der deutschen Wirtschaft aufdrängt, so erkennt man, daß sich das fiskalische Defizit der Gemeinden, der Länder und des Reichs wie ein tiefer Abgrund aufzutun vor allen Anstrengungen, die den stöckenden Wagen der Wirtschaft vorwärts zu treiben suchten.

Die Vertrauenskrise hatte den Mechanismus zerbrochen, durch den sich sonst ein Konjunkturrückgang selbst die Voraussetzungen für seine Beendigung schafft. Somit führen sinkende Produktion und sinkende Umsätze zu einer Entlastung der Kreditmärkte, wodurch im weiteren Verlauf die Investitionstätigkeit angetrieben und damit die ge-

samte Volkswirtschaft wieder belebt wird. Während der letzten Monate waren keine Kräfte dieser Art am Werke. Denn als mit steigender Arbeitslosigkeit die sozialen und politischen Spannungen wuchsen, verstärkte sich der Kapitalabfluß aus Deutschland, griffen die zur Deckung der öffentlichen Ausgaben gewählten Maßnahmen störend in die Kapitalmärkte und in die Quellen der Kapitalbildung ein. Je schlechter die Wirtschaftslage, desto

„In ähnlicher Lage wie zur Zeit Steins“

Preußens Innenminister Severing über „Stein und der Reichsgedanke“

* Frankfurt a. M., 29. Juni.

Die heute in Kassel a. d. Lahn stattfindende Reichsfest zur Erinnerung an den 100-jährigen Todestag des Freiherrn vom und zum Stein fand gestern ihren Auftakt in einer in der Stadt Frankfurt a. M. veranstalteten Stein-Gedenkfeier. Nach einer musikalischen Darbietung ergriff der preussische Innenminister Severing das Wort.

Nach Minister Severing hielt Reichsinnenminister Dr. Wirth eine eindrucksvolle Ansprache, der er das Thema „Stein und der Reichsgedanke“ zugrunde legte. Er führte u. a. aus: „Das Typische für Stein besteht darin, daß ihn kein Ungemach veranlassen konnte, die Flucht aus dem politischen Leben anzutreten.“

Seute befinden wir uns in einer ähnlichen Lage wie das preussische Volk zur Zeit Steins Gerade in dieser Stunde werden in Paris die Wirbel über das Schicksal unseres Volkes für eine geraume Zeit fallen. Worauf es in diesen Zeiten ankommt, ist, daß in unserem Vaterlande alle die politische Kraft aufbringen, um die Lage mit uns übersehen zu wollen. Das Volk ist verloren, das in solchen Zeiten nicht Frauen und Männer findet, die das Schicksal meistern.“ Er, Wirth, sei so oft nach der Reichsreform gefragt worden. Er müsse klar sagen:

„Jawohl, die Zeit ist reif dafür, daß im neuen Deutschland dem Gedanken der großen Reichsreform die Wege geebnet werden und bald ein formulierter Gesetzesentwurf dem Reichstag zugeleitet werde.“

Demokratische Entwicklung im Geiste des Freiherrn vom Stein ist nur denkbar, wenn eine politische Willensschaffung, auf dem Volke aufgebaut, in einem Staat herangezogen werden kann. Reichsreform ist möglich, wenn das deutsche Volk politisch ist. Reichsreform ist praktisch durchführbar, wenn der preussische Staat sich seiner hohen Mission eingedenk fühlt, auf diesem Wege den ersten entscheidenden Schritt zu machen.“

Nach den Worten des Reichsinnenministers erfolgte der Gesang des Deutschlandliedes, worauf

Spanien will Marokko aufgeben

Dem Völkerverbund zu getreuen Händen

* London, 29. Juni.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, der interessanteste Bericht der jetzt erfolgten Beendigung der Sitzung der Mandatskommission war der Bericht des spanischen Finanzministers, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß Spanien wünsche, Marokko umgeben dem Völkerverbund anzuhändigen. In dem Bericht heißt es weiter, das Gebiet sei für Spanien wertlos und die dafür ausgegebenen Millionen könnten im Lande selbst bessere Verwendung finden.

Das Blatt glaubt zu wissen, daß Spanien bereit sei, Marokko zu verlassen und es fordere daher die europäischen Nationen auf, den Völkerverbund das Protektorat übernehmen zu lassen. In Völkerverbund herrscht die Ansicht, daß dieser Fall einige Schwierigkeiten verursachen könnte.

Spanien nach den Wahlen

Die vom ganzen Lande sehnlich erwarteten, immer wieder und wieder hinausgeschobenen

Wahlen zu den Cortes haben am gestrigen Sonntag endlich doch stattgefunden. Im allgemeinen sind die Wahlen ruhig verlaufen, doch waren Zwischenfälle nicht ganz unvermeidlich. In verschiedenen Orten kam es sogar zu schweren blutigen Zusammenstößen, in deren Verlauf fünf Tote und acht Verletzte zu beklagen sind.

Über das Ergebnis der Wahlen liegen bisher noch keine übersichtlichen Angaben vor. Nach einer Meldung des Innenministeriums soll die sozial-republikanische Koalition in ganz Spanien gesiegt haben. In den katalanischen Provinzen haben die Parteien des Obersten Navarra 42 von 53 Sitzen erhalten. Ein kommunistischer Kandidat soll, soweit bis jetzt bekannt ist, nicht gewählt worden sein.

Unter den Luftstreitkräften des Flughafens Tablata, an deren Spitze Major Franco, der bekannte Ozeanflieger, und einer der führenden Männer der letzten spanischen Revolution steht, war Sonnabend vormittag eine Meuterei ausgebrochen, zu deren Unterdrückung regierungstreue Truppen der Garnison Sevilla eingesetzt worden sind.

„Freiheit nur durch Opfer!“

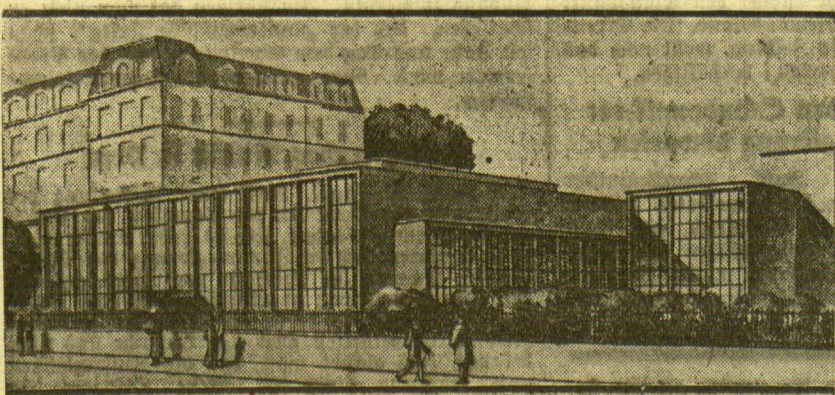
Reichszankler Brüning gedenkt des Freiherrn vom Stein

* Berlin, 27. Juni.

Bei der Stein-Gedenkfeier des Westfalenbundes Großberlin, die im Plenarsaal des Reichstages stattgefunden hat, hielt nach Reden des Reichsministers Treviranus, der preussischen Minister Severing und Dr. Schreiber und des Ministerialdirektors von Leyden Reichszankler Dr. Brüning eine Ansprache.

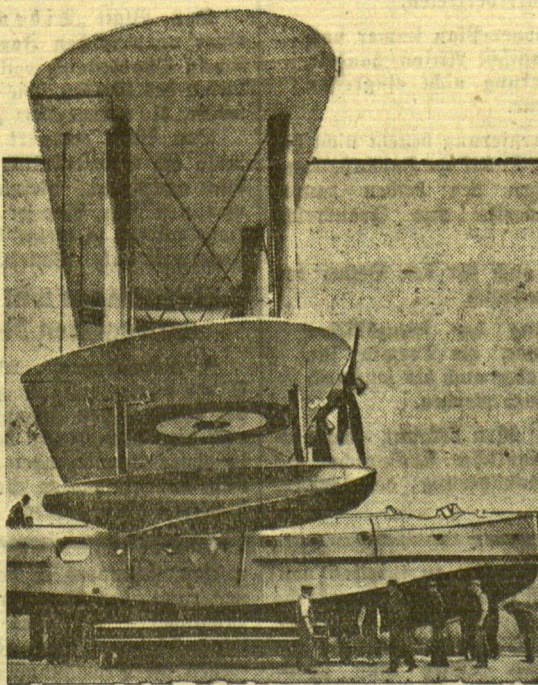
Er wolle, sagte der Reichszankler, nur wenige Worte sprechen. Das zieme einem Westfalen und zieme auch dem verantwortlichen Staatsmanne in dieser bedeutenden Stunde der deutschen Geschichte. Die Aufgaben in der Geschichte wechseln; nie kehrt gleiches wieder. Aber eines bleibe in jeder entscheidenden Stunde eines Volkes das selbe, das sei der Geist, mit dem an eine Aufgabe herangegangen wird. „Und wenn ich Sie bitte“, sagte Brüning wörtlich, „eine Mahnung von dem heutigen Abend mitzunehmen, so ist es die Freiheit, wie Freiherr vom Stein sie gemeint hat, Freiheit, wie wir sie in unserer Heimat kennen, sie ist in erster Linie Gebundenheit, Verpflichtung, Opfer Sinn, Verantwortung, Wortlichkeit, Gemeinnut. Das sind die Dinge, die die bürgerliche Einheit verbergen, das sind die Dinge, die in der bürgerlichen Freiheit wieder die nationale Freiheit ermöglichen. Wollen Sie dieser Mahnung gerade in diesen Tagen eingedenk sein. Es kann einem Volke auch in schwerer Lage und in schwerer Stunde niemand schlecht gehen, wenn es eingedenk ist, daß die Freiheit nur durch Opfer, durch Verpflichtung, durch Verantwortung erkämpft wird.“

Im Reichen der Abrüstung



Der Palast für die Internationale Abrüstungskonferenz

die im Frühjahr 1932 in Genf zusammenzutreten soll. Der Bau ist jetzt in Angriff genommen



Englische Infanterie im Angriff

Augenblicksbild von einer Wandverübung auf dem großen englischen Truppenübungsplatz Aldershot.

Mitte:

Das größte Marine-Flugboot der Welt

ist jetzt in England fertiggestellt worden. Die Maschine, zu deren Bau fast ausschließlich Duraluminium verwendet worden ist, hat drei Motoren von zusammen mehr als 2000 Pferdekraft und einen Aktionsradius von 2400 Kilometern.

